



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



PROFESSOR DR. KARL SCHILLER

Senator für Wirtschaft und Kredit, Berlin

POLITIK UND WIRTSCHAFT IN BERLIN

3. DEZEMBER 1962



Mit ganz besonderer Freude bin ich der freundlichen Einladung Herrn Stödters nachgekommen, vor dem Übersee-Club in Hamburg zu sprechen. Einmal aus persönlichen Gründen: trete ich damit doch sozusagen vor einen heimischen Flottenverband, von dem aus ich im letzten Winter aufbrach, um in Berlin „helfend einzuspringen“. So habe ich heute Gelegenheit, ein wenig von dem zu berichten, was dort geschieht und uns alle bewegt.

Ich will das persönlich-menschliche Thema „Ein Hamburger, der mit Mühe und Not das Quiddje-Stadium hinter sich brachte, nun in Berlin“, oder um die ganze nachkriegsdeutsche Problematik noch deutlicher anklingen zu lassen: „Ein Bundesrepublikaner in Berlin“, ich will dieses Thema hier nicht weiter vertiefen, ich will nur eines gleich ganz offen sagen: Es wäre gut, wenn sehr viel mehr sogenannte Westdeutsche heute nach Berlin gingen, um dort, wenn auch nur eine Zeitlang, zu helfen; die geprüfte Stadt braucht nicht nur militärische Sicherheit, Firmenaufträge und Geld, sie braucht auch Menschen, und sie wirbt darum; sie weiß auch um die Gefahr der Provinzialisierung (die allerdings auch andernorts gegeben ist). Bedenken Sie, daß in den letzten 17 Jahren die Bevölkerungszahl der Stadt kaum 80 v.H. ihres Vorkriegsstandes überschritten hat.

Immer wieder begegnen mir in der Bundesrepublik zwei Gruppen von Menschen: jene, die mit Nachdruck betonen, sie hatten die schönsten und erfolgreichsten Jahre einstmals in Berlin verbracht, und jene, die zugeben, daß sie nach 1945 die Stadt noch nicht wiedergesehen hatten. Aber es ist tröstlich zu wissen: seit Errichtung der Mauer haben über 16 000 Westdeutsche einen Arbeitsplatz in der Berliner Wirtschaft aufgenommen. Eine Art „innerdeutsches Friedenskorps“ nach Berlin bahnt sich hier eigentlich an, und das wäre vielleicht etwas, das gerade unsere Jugend begeisterte. Schließlich ist doch Berlin in seinem jetzigen Zustand ein Ausdruck dafür, daß wir Deutsche unser Nachkriegsschicksal wahrlich noch nicht meistern konnten, und es liegt nahe, die Deutschlandfrage von diesem ihrem Brennpunkt aus anzugehen.

Und damit komme ich auf die sachlichen Gründe, weshalb ich gerade vor dem Hamburger Übersee-Club einen Bericht über das Thema Berlin für wichtig halte! Das Berlin-Problem ist nicht nur ein örtliches und ein deutsches, sondern ein solches der weltweiten Konfrontation von Ost und West. Wenn wir hier eine Lösung oder nur eine Zwischenregelung, einen „modus vivendi“, erreichen sollten, so wäre das nur im allgemeinen größeren Zusammenhang möglich, so wie umgekehrt eine wie immer geartete Berlin-Regelung auf den weltweiten Zustand sich auswirken würde. Denken Sie auch daran: in der Kuba-Deklaration des Präsidenten Kennedy wurde neben dem akuten Hauptthema ausdrücklich und allein Berlin erwähnt; und zwei Botschaften ergingen in jenen Krisentagen an unseren Regierenden Bürgermeister und unterstrichen das commitment. Wir alle haben heute wohl den Eindruck, daß in diesem Herbst in der weltweiten Konfrontation etwas passiert ist, daß etwas in Bewegung geraten ist. Das war auch das Grundthema der dritten deutsch-amerikanischen Konferenz der „Atlantik-Brücke“, die kürzlich in Berlin stattfand. Wenn wir auch nicht im Überschwang des Gefühls – wie Goethe bei der Kanonade von Valmy – ausrufen würden: „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabeigewesen“, – wenn wir auch nicht annehmen möchten, daß die alten angelsächsischen Bezeichnungen für unsere Zeitrechnung, also B.C. und A.C., jetzt eine neue Bedeutung erhalten, nämlich „Before Cuba“ und „After Cuba“, wenn wir auch nicht so weit gehen wollen, so können wir doch folgendes feststellen:

1. Die Sowjetunion war zum erstenmal gezwungen, in die Mündung der großen Atom-Kanone zu blicken. Sie weiß nunmehr, was die offiziellen US-Verpflichtungen, die – wie die drei „essentials“ für Berlin – das letzte Risiko umfassen, bedeuten. Das furchtbare Mißverständnis, der andre meine es ja doch nicht so ernst, scheint nunmehr gebannt zu sein. Die Position der drei Schutzmächte in Berlin ist daher gestärkt, die Situation in Berlin erleichtert. Aber damit sind wir keinesfalls über den Berg. Nach Kuba ist Berlin die einzige Stelle, wo sich beide Weltmächte direkt gegenüberstehen, sich gegenseitig in die Mündungen der Kanonenrohre blicken.
2. Der Erfolg Kennedys in Kuba bestand, wie „Die Zeit“ kürzlich mit Recht schrieb, in einer „einzigartigen Mischung von Entschlossenheit und Mäßigung, von Stärke und Verhaltenheit, von Tapferkeit und Besonnenheit“. Und
3. Der Erfolg war auch zu verdanken der unbestreitbaren örtlichen Überlegenheit der USA in den konventionellen Waffen.

Ich glaube, die mittelbare oder unmittelbare Bedeutung auch dieser beiden Tatbestände für Berlin und die künftige Berlin-Politik liegen auf der Hand: Der eine Tatbestand konnte uns eine Lehre sein für unsere eigene Haltung gegenüber dem Osten, der andere betrifft militärische Konsequenzen, die ich nicht zu erörtern habe.

Kennedy hat von einem möglichen „Wendepunkt“ in den West-Ost-Beziehungen gesprochen. Ich habe kürzlich eine Bonner Interpretation dieses Begriffes Wendepunkt vernommen: Damit sei nicht eine Wende auf Seiten der Sowjets gemeint, sondern vielmehr auf Seiten der USA; diese würden nunmehr eine „härtere“ Politik gegenüber dem Osten führen, da sie den Erfolg der eigenen Härte und Stärke erkannt hatten. Nun, ich will diese Interpretationsmöglichkeiten nicht weiter erforschen, beide Bedeutungen können gelten, sie brauchen sich nicht zu widersprechen.

Aber wir müssen gerade in bezug auf Berlin konstatieren, daß im Osten im Zusammenhang mit Kuba und mit dem China-Indien-Konflikt einiges an die Oberfläche gekommen ist, das bisher weniger beachtet wurde, nämlich die politische, soziologische und ökonomische „Erosion“ im Ostblock, besonders in den Staaten Ost- und Südosteuropas, den sogenannten „captive nations“. Diese Erosion braucht nicht auszuschließen, daß Chruschtschow dank seinem Rückzug in Kuba bei einigen der osteuropäischen Staaten gerade seine Autorität gefestigt hat, aber faktisch haben wir im Osten heute nicht mehr einen „Block monolithischer Geschlossenheit“ vor uns, sondern eine gewisse Tendenz zum Polyzentrismus, wie die Ostexperten sagen. Ich gebe diese Hinweise nur deswegen, um anzudeuten, daß auch unsere Berlin-Politik und unsere Politik gegenüber der Sowjetzone davon beeinflußt werden, je nachdem wie stark man diese Veränderungen und ihre Beeinflußbarkeit veranschlagt. Eindeutige Schlüsse sind hier allerdings noch nicht zu ziehen: eine selektive Außenpolitik gegenüber Osteuropa, d.h. eine Differenzierung der sogenannten Hallstein-Doktrin, könnte z.B. auch ein offensives Vorgehen durch technische Kontakte gegenüber der Sowjetzone beinhalten. Andere meinen, sie könnte aber auch das Gegenteil implizieren, um das Ulbricht-Regime als stalinistischen Anachronismus innerhalb der östlichen Randstaaten zu isolieren; deshalb müsse man Abstand nehmen von modus-vivendi-Regelungen für Berlin.

Ich werde auf die verschiedenen Alternativen am Ende meines Referates noch einmal zurückkommen. Nur möchte ich jetzt schon eines sagen: Hier ist noch sehr viel Gedankenarbeit von uns zu leisten. Die Veränderungen in den weltpolitischen Konstellationen können uns Deutsche jetzt sehr schnell in eine Lage bringen, wo Imperialismus und Attentismus tatsächlich Todsünden wären, wo wir im Gegenteil den „Mantel Gottes“, von dem Bismarck sprach, ergreifen müßten. Auf jeden Fall erfordert diese Lage erhöhte, angespannte Wachsamkeit, befinden wir uns doch nach wie vor in einer Randzone, in der der Rhythmus im Wechsel von Entspannung und Spannung sehr heftig sein kann.

Berlin als deutsches Problem spiegelt die Teilung Deutschlands in seinem kleinen Maßstab wider. Bis zur Errichtung der Mauer war es der letzte deutsche Ort, wo sich Menschen beider Seiten relativ frei hinüber und herüber bewegen konnten – die Schätzungen gehen dahin, daß diese Grenze bis zum 13. 8. 1961 täglich mehrere Hunderttausendmal überschritten wurde. Hier war also noch ein Rudiment deutscher Einheit erhalten geblieben. Man kann aber auch sagen: Hier bestand noch ein kümmerlicher Rest jenes Deutschlands der Potsdamer Beschlüsse von 1945. Und der politische Kampf der Westberliner nach der Mauer besteht auch darin, sich dagegen zu wehren, daß – nachdem Ost-Berlin durch die Behörden der Sowjetzone annexiert wurde – dieses Potsdam-Schema nun einzig und allein auf West-Berlin angewendet wurde. Die ganze Nachkriegsentwicklung Berlins war gekennzeichnet durch eine Kette von Versuchen des Ostens, Berlin in die Knie zu zwingen. Das Ergebnis der Blockade 1948/49 war die Kräftigung des Selbstvertrauens, die Kräftigung des Widerstandsgeistes gegen Unterdrückung und Gewaltherrschaft.

Das zweite Glied der Kette war die Ankündigung Chruschtschows im Herbst 1958, Berlin zur sogenannten freien, entmilitarisierten Stadt zu machen. Auch dieser Schock wurde überwunden, insbesondere auch wirtschaftlich. Wir gedenken da immer mit besonderer Dankbarkeit der Altena-Brücke des Präsidenten Berg. Der Berliner Wirtschaft kam damals auch sehr zugute, daß sich der Westen bis 1961 in einem starken wirtschaftlichen Aufschwung befand. Vier Jahre sind vergangen seit der Verkündung des Chruschtschow-Ultimatums, in dieser Zeit ist das industrielle Produktionsvolumen der Berliner Wirtschaft um annähernd 50 % gestiegen. Das war die friedliche Antwort der Berliner Unternehmer und Arbeitnehmer auf jene Herausforderung.

Es folgte die Errichtung der Mauer am 13. August 1961. Ich glaube, wir können sagen, daß wir die menschliche Problematik dieses Ereignisses, die Auswirkungen im menschlichen Bereich, an die erste Stelle setzen müssen. Familien wurden getrennt, Freunde konnten sich nicht mehr sehen, viele Menschen konnten ihre langjährigen Arbeitsplätze nicht mehr einnehmen. Neben diesem menschlichen Leid müssen wir aber auch andere Dinge sehen: Berlin hat sich erneut behauptet. Seine Wirtschaft ist intakt, die Verbundenheit mit der Bundesrepublik und den westlichen Alliierten

ist noch enger geworden. Die Ziffern der industriellen Produktion und der Spartätigkeit liegen heute alle über dem Niveau der Zeit vor der Mauer; und auch die Wanderungsbilanz zwischen West-Berlin und Westdeutschland ist mit einem leichten Überschuß zugunsten Berlins in diesem Jahre hinsichtlich der Erwerbspersonen ausgeglichen.

Die Errichtung der Mauer, der bisher schwerste Schlag gegen den Viermächte-Status von Berlin, hatte ihr besonders düsteres Nachspiel fast genau ein Jahr später. Am 17. August 1962 verblutete Peter Fechter unter den Kugeln der Vopos hinter der Mauer, ohne daß ihm geholfen werden konnte. Und einige Wochen später ließ sich ein alliierter Sanitätswagen, der zur Hilfeleistung für einen glücklicherweise nicht so tragischen Fall herbeieilt, von einem Vopo zurückweisen. Fechters Tod wurde zum furchtbaren Symbol für den schwer angeschlagenen Zustand des Viermächtestatus. Wenn inzwischen die Ereignisse von Kuba vieles andere überdeckt haben, so muß jetzt doch daran erinnert werden, daß der Tod von Peter Fechter und die anderen Morde an der Mauer auf das Denken und Fühlen vieler Berliner tief einwirkte. Immer deutlicher wurde die Frage gestellt: Wohin geht die Reise? Müssen wir nicht alles tun, damit ein weiteres Geschehen dieser Art, ein weiterer Rückschlag verhindert wird?

So begann die „Berliner Ideenproduktion“ besondere Ausmaße anzunehmen. Und sie blieb auch nicht ohne Kritik, wie das bei einem „großen Gespräch“ wohl ganz natürlich ist. Manche der damaligen Gedanken sind inzwischen variiert. Damals wurden sie konzipiert, um etwas Drohendes abzuwehren; jetzt denken wir darüber nach, wie in der neuen weltpolitischen Lage etwas für Berlin „nach Hause gebracht“ oder „festgeklopft“ werden kann. Wenn ich mich nunmehr speziell den wirtschaftlichen Problemen der Stadt zuwende, so möchte ich sie vor allem unter dem Aspekt betrachten, wie sie für unsere weiteren politischen Erwägungen über das Schicksal Berlins bedeutsam sind. Denn in Berlin ist fast alles Politik, – im Gegensatz zu den vielen entpolitisierten Räumen in Westdeutschland.

Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung in Berlin sind kein Ersatz für Politik, aber die stetige, ungebrochene Leistung im wirtschaftlichen Alltag ist doch auch eine Antwort, wenn auch nicht die alleinige, auf die Herausforderung. Deren Größe wird gerade auch dadurch deutlich, daß wir Berliner gezwungen sind, angesichts der Mauer uns dennoch mit so irdischen und platten Dingen wie Prosperität und Produktivitätssteigerung zu beschäftigen, weil auch diese Dinge zu den Äußerungen eines lebenswerten und menschenwürdigen Lebens, wie wir es schätzen, gehören. Unter diesen Umständen müssen wir in West-Berlin mehr Wohnungen schaffen, Fabriken erweitern, neue Fabriken gründen, mehr Waren produzieren, kurzum jenen hochentwickelten und hochkomplizierten Organismus einer modernen Wirtschaftsregion von 2,2 Millionen Einwohnern lebendig halten und ausbauen.

Die Zahlen beweisen es, daß Berlins Wirtschaft ein Teil der Volkswirtschaft der Bundesrepublik ist. Dieser Tatbestand gehört zu unseren unverzichtbaren Lebensbedingungen. Rund 68 % unserer Industrieproduktion gehen nach Westdeutschland. 12 % in das westliche Ausland 18 % in den heimischen Verbrauch, 2 % in den Osten. Die Lieferquote der Berliner Gesamtwirtschaft, gemessen am Bruttosozialprodukt dieser Stadt, hat sich dabei von 3:10 im Jahre 1950 auf 7:10 im Jahre 1960 erhöht. Die Entwicklung hat unsere Stadt also in steigendem Umfange in die Wirtschaft des Westens integriert.

Der Zahlungsverkehr mit Westdeutschland und dem Ausland betrug 1961 mehr als 30 Milliarden DM. Das Berliner Bruttosozialprodukt belief sich 1961 auf rd. 13 Milliarden DM. Äußerer Zahlungsverkehr und Bruttosozialprodukt standen somit in einem Verhältnis von 2,5:1. Für die Bundesrepublik ergäbe ein solcher Vergleich ein Verhältnis von 0,5 : 1. Dieses fünfmal so hohe Verhältnis zwischen äußerem Zahlungsverkehr und Bruttosozialprodukt in Berlin spiegelt ebenfalls den hohen Grad der Integration der Berliner Wirtschaft in die Wirtschaft des übrigen Bundesgebietes und der westlichen Welt wider. Auch hier zeigen sich in der Tat die „gewachsenen Bindungen“, von denen Dean Rusk auf der Athener Außenministerkonferenz im Frühjahr d. J. sprach. Wir sehen die Lebensfähigkeit unserer Stadt nur gegeben durch ihre Zugehörigkeit zur Rechts-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik.

Dies ist unsere erweiterte Interpretation des dritten „essential“, der viability, eine Interpretation, für die sich gerade Präsident Kennedy bei meinem Washingtoner Besuch im Mai d. J. besonders interessiert zeigte. Und im Laufe der Arbeit dieses Jahres in Berlin ist mir eines immer klarer geworden: Die Einheit nämlich des ökonomischen und politischen Problems Berlin in seinem Verhältnis zur Bundesrepublik. Mit der Feststellung, die Berliner Wirtschaft ist ein Teil der westdeutschen Volkswirtschaft, ist m. E. gegeben, daß auch unsere politische Planung zu analogen Ergebnissen kommen muß. Ich will mich nun nicht in legalistische Erörterungen über das „elfte Bundesland“ verlieren; aber ich werde in meinen politischen Schlußbemerkungen auf diese Zusammenhänge zurückkommen.

Jegliche Monaco-Politik würde wesentliche Grundlagen des Vertrauens, der Zuversicht in die Freizügigkeit von Menschen und Gütern zwischen der Stadt und Westdeutschland unterminieren. Wenn in Anbetracht der besonderen Lage der Stadt von „Berliner Wirtschaftspolitik“ gesprochen wird, so kann das also nur bedeuten, daß diese sich stets als Teil der Bundeswirtschaftspolitik fühlt, daß die entscheidenden Daten von dort gesetzt werden und daß Berliner Korrekturen eben nur Korrekturen sind, daß man im System bleibt. Nur von diesem Grundsatz aus konnten wir Anfang dieses Jahres unser Konzept für das neue wirtschaftliche Berlin-Paket fassen. Berlin erhält seit vielen Jahren wirtschaftliche und finanzielle Bundeshilfe, mit der die besonderen politischen Belastungen, die auf der Stadt ruhen, ausgeglichen werden. Nachdem die ersten Not- und Übergangsmaßnahmen nach der Mauer durchgeführt waren, so die umstrittene Erholungs oder „Zitterprämie“, mußten wir zu Anfang dieses Jahres längerfristig wirkende, konstruktive Pläne aufstellen.

Ausgangspunkt unserer Überlegungen war die Erkenntnis, daß eine große Gefahr für die Berliner Wirtschaft darin bestehe, daß das erreichte Niveau einfach nur gehalten werde, daß die Berliner Wirtschaft statisch werde, daß ihr dynamischer Schwung auflaufe. Demgegenüber versuchten wir ein anderes Ziel zu formulieren, nämlich: die Berliner Wirtschaft weiter in die Expansion zu führen, eine Wachstumsrate des Produktionsvolumens zu erreichen, die mindestens der Zuwachsrate der westdeutschen Wirtschaft entspräche. Sonst würde sich eine Differenz zwischen Westdeutschland und Berlin auftun, die auf die Dauer äußerst negative Wirkungen hätte. Wir setzten der Gefahr der Stagnation unsere Entscheidung für Fortschritt, für Investitionen, also unsere „These“ der Expansion entgegen, eine Haltung, die keinesfalls allenthalben als selbstverständlich hingenommen wurde. Heute darf ich wohl sagen, daß die Notwendigkeit einer expansiven Wirtschaftspolitik in Berlin unbestritten ist.

Diese eben dargelegte Konzeption wurde zur Grundlage unserer Verhandlungen mit der Bundesregierung gemacht und in dem im Juni vom Deutschen Bundestag beschlossenen neuen Berlin-Förderungsgesetz wesentlich verwirklicht. Das Gesetz ist in seinen hauptsächlichen Teilen am 1. Juli 1962 rechtlich in Kraft getreten. Da für einige neue Regelungen die notwendigen administrativen Ausführungsbestimmungen aber erst im Oktober d. J. erlassen wurden, hat die Zukunft faktisch erst jetzt begonnen.

Die Neufassung des Berlin-Hilfe-Gesetzes weist drei Schwerpunkte auf:
1. einkommenspolitische, 2. investitionspolitische, 3. absatzpolitische Maßnahmen. Die einkommenspolitischen Maßnahmen haben das Ziel, das verfügbare Einkommen in Berlin zu vergrößern. Wir haben damit in erster Linie bezweckt, die materiellen Anreize für die Zuwanderung von Arbeitskräften nach Berlin zu erhöhen. Die investitionspolitischen Maßnahmen begünstigen einerseits das Angebot von Kapital für Investitionszwecke sowohl auf dem gewerblichen Sektor wie auch im Wohnungsbau in Berlin (in Fortführung der alten Idee des § 7c EStG); damit wird zum ersten Mal der westdeutsche Sparer, der sein Geld in Berlin anlegt, steuerlich begünstigt. Andererseits wird zugleich die Durchführung von Investitionen in Berlin, also der Berliner Investor, präferenziert.

Mit der Förderung des Kapitalangebots aus Westdeutschland beabsichtigen wir nicht nur, den Kapitalstock in Berlin zu erweitern, sondern gerade auch die ökonomische Verflechtung zwischen Westdeutschland und Berlin zu verstärken. Wenn ich heute abend mit diesem Bericht nur bewirke, daß bald einige hiesige private Steuer-

erklärungen für 1962 durch Anwendung der §§ 18 und 19 BHG verschont werden, wäre materiell schon einiges erreicht. Es gibt da sehr attraktive Finanzierungsbuckets für Investitionen in Berlin; ich erspare mir nähere genüßliche Erörterungen der Details.

Im übrigen sehen Sie an diesen Regelungen, daß unser Berlin-Paket betont marktwirtschaftlich ist: ich werde es in der Tat für ein komplettes Versagen der freiheitlichen Wirtschaftsordnung halten, wenn eines Tages die Netto-Investitionen in Berlin nur noch von der öffentlichen Hand getragen werden würden. Von den beiden anderen Wegen, eine Wirtschaftsregion unter politischer Belastung dennoch zu entwickeln, also dem Einsatz öffentlichen Unternehmenseigentums oder dem Einsatz zentralverwaltungswirtschaftlicher Maßnahmen, haben wir natürlich abgesehen und sind den dritten Weg gegangen: eben den marktwirtschaftlichen, der schlicht darin besteht, daß man für das zu fördernde Gebiet die Erwerbschancen kräftig verbessert.

Der letzte Schwerpunkt des Berlin-Förderungsgesetzes umfaßt, wie erwähnt, absatzpolitische Maßnahmen, besonders auf dem Gebiet der Umsatzsteuerbefreiung. Die Absatzförderung haben wir inzwischen mit Hilfe des Instruments der Auftragsfinanzierung weiter aktiviert. Das Bundesministerium hat sich kürzlich bereiterklärt, die bisher für 1963 zur Verfügung stehenden ERP-Mittel für die Auftragsfinanzierung in Höhe von 125 Millionen DM auf insgesamt 255 Millionen DM aufzustocken. Wir werden auch die Finanzierung von Auslandsaufträgen in dieses Programm einbeziehen.

So haben wir also ein Bukett von wirtschaftspolitischen Förderungsmaßnahmen geschaffen, die nicht unabhängig voneinander wirken sollen, sondern deren Verschränkung ineinander den angestrebten Wachstumseffekt erzielen soll. Einfach in Berlin nur das disponibile Einkommen zu erhöhen, hatte wahrlich nicht genügt; es mußten zugleich die produktive Anlage des in Berlin anfallenden Mehreinkommens und die Kapitalanlage aus dem Westen gefördert werden. Umgekehrt sind Investitionen ohne Sicherung und Erweiterung des Absatzes Berliner Industrieerzeugnisse sinnlos. So ergibt sich gewollt ein enger innerer Systemzusammenhang aller Maßnahmen des – wie wir es nannten – Berlin-Paketes.

Zusammen mit den alten, schon bestehenden Berlin-Hilfen und Präferenzen kommen wir mit den neuen Maßnahmen auf eine Berlin-Hilfe des westlichen Bundesgebietes im Gesamtbetrag von netto 2,5 Milliarden DM jährlich. Diese Nettosumme, bei der also die steuerlichen und sonstigen Zahlungen Berlins an das westliche Bundesgebiet abgezogen sind, kann nur mit Vorbehalt dem in Berlin erwirtschafteten Sozialprodukt von 13 Milliarden DM jährlich gegenübergestellt werden. Die eben erwähnte Nettosumme von 2,5 Milliarden DM ist unter einem fiktiven Zahlungsbilanzaspekt berechnet. Wir können nur schätzungsweise annehmen, daß davon die Hälfte das nicht genau zu berechnende Leistungsbilanzdefizit WestBerlins deckt, die andere Hälfte der 2,5 Milliarden DM geht in den inneren Kreislauf Berlins ein und dient wohl zu einem Teil auch einem größtmäßig nicht zu beziffernden privaten Liquiditätstransfer von Berlin nach West-Deutschland. Das nehmen wir bewußt in Kauf, wegen der Zugehörigkeit zum westdeutschen Währungssystem und wegen des Grundsatzes der unbedingten Freizügigkeit von Personen, Waren und Geld. Was wir aber sicher wissen, ist, wenn jene 2,5 Milliarden DM nicht gegeben wurden, daß dann das Berliner Sozialprodukt von 13 Milliarden DM um einen erheblich größeren Betrag abnehmen würde.

Wie ich vorhin schon sagte, werden die neuen Berlin-Hilfen praktisch erst in diesen Wochen in voller Wucht wirksam. Wie recht wir dabei mit dem Akzent „Wachstum“ hatten, zeigen die Zahlen über den bisherigen Ablauf des Jahres 1962, also noch ohne nachhaltige Wirkung des neuen Gesetzes: Für 1962 wird die reale Zuwachsrate des Sozialproduktes für WestDeutschland auf drei bis vier Prozent geschätzt, für West-Berlin dagegen auf 1,5 bis zwei Prozent; zum erstenmal hat sich also die prophezeite unbehagliche Differenz zuungunsten West-Berlins ergeben, und sie gilt es nun durch Ausnutzung aller neuen Chancen zu bekämpfen. Aber auch in diesem Umfange war das wirtschaftliche Wachstum West-Berlins eine sehr beachtliche Leistung.

1. Wenn der industrielle Produktionsindex Berlins für September 1962 um 7 v.H. über dem vom gleichen Vorjahresmonat liegt, so müssen wir auch bedenken, daß mit der Mauer 60 000 sogenannte Grenzgänger aus dem Osten schlagartig der West-Berliner Wirtschaft entzogen waren; allein für die industrielle Arbeitsschafft bedeutete dieser Wegfall ein Minus von fast 10 v. H. Trotzdem stieg das industrielle Produktionsvolumen an, so daß die Ziffern der Produktivitätsentwicklung (pro geleisteter Arbeitsstunde) weit höher lagen als die des westlichen Bundesgebietes. Wir können hier in der Tat von einem „Berliner Sprung“ reden. Weitere Anstrengungen werden hier verlangt. Während schon in den vergangenen Jahren vor der Mauer das wirtschaftliche Wachstum in Berlin zu 4/5 auf Produktivitätssteigerung und zu 1/5 auf Mehrbeschäftigung von Arbeitskräften beruhte, wird in Zukunft die Zunahme der Produktivität praktisch die einzige Quelle des Wachstums sein.
2. Ein weiterer wesentlicher Faktor ist die wirtschaftliche Entwicklung im westlichen Bundesgebiet. Die Auftragseingänge haben in Berlin im Durchschnitt der Monate Januar bis September 1962 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 12 Prozent abgenommen. Dem steht eine Zunahme in Westdeutschland um 2,5 Prozent gegenüber.

Nach Mitteilung der Landeszentralbank Berlin sind auch die öffentlichen Aufträge aus Westdeutschland nach Berlin in diesem Jahr um 10 % zurückgegangen. Trotz der Rückläufigkeit der Auftragseingänge hat die Berliner Industrie zwar noch beachtliche Auftragspolster; die Auftragsreserven entsprechen augenblicklich etwa 5 Monatsumsätze. Ich möchte die Entwicklung bei den Auftragseingängen dahingehend kommentieren, daß hier die Abschwächung der wirtschaftlichen Auftriebstendenzen in Westdeutschland eine wesentliche Rolle spielt; die Berliner Industrie liefert vor allem Investitionsgüter, und diese sind in Zeiten geschwächten Wachstums – wie das in Westdeutschland in dem betrachteten Zeitraum der Fall ist – bekanntlich besonders benachteiligt: in Zeiten des Booms entwickelt sich deswegen die Berliner Industrie auch meist überproportional, wie die Erfahrung der Jahre 1958-61 bestätigt. Nicht nur Berlins wegen stehen wir den sogenannten Dämpfungsmaßnahmen in Bonn etwas zurückhaltend gegenüber. Natürlich sind wir in Berlin von Haus aus etwas expansiver eingestellt. Aber es darf wohl auf die Gefahr hingewiesen werden, daß durch die sogenannten Dämpfungsmaßnahmen nicht nur der Preisauftrieb, sondern schließlich auch das wirtschaftliche Wachstum zum Erliegen kommen konnte. Durch eine solche Herunterstabilisierung wäre zwar die Operation schließlich gelungen, aber der Patient, die gute Konjunktur, eine schöne Leiche geworden. Soweit die westdeutsche wirtschaftliche Entwicklung, die natürlich für die Auftragsvergabe nach Berlin sehr wesentlich war! Zum anderen hat hierbei wohl auch eine gewisse pessimistische Beurteilung der Weltlage eine Rolle gespielt. Dies durfte nun etwas anders geworden sein. Im übrigen war und ist Berlin nicht gefährdet als Düsseldorf, Paris und New York. In einem weiteren politischen Sinn ist Berlin ja – verglichen mit dem vulkanischen Boden am Rhein – seit Wochen die ruhigste und sicherste Stadt von ganz Deutschland. Doch von diesem allen abgesehen: wir brauchen mehr Firmenaufträge und appellieren dabei an alle. Besonders dankbar bin ich da aus gegebenem Anlaß dem Hamburger Finanzsenator, der hier kürzlich vorbildliches Berlin-Verhalten bewies.

Im übrigen braucht Berlin private Investitionen aus Westdeutschland, auch besonders solche personeller Art! Immer wieder sagen wir : Berlin darf nicht zur verlängerten Werkbank der Bundesrepublik werden; ein vollautomatisiertes Arbeitshaus mit höchsten Gewinnraten ohne ortsansässiges top management, ohne Forschungsabteilungen, mit karger mittlerer industrieller und bankmäßiger Führungsschicht in den Großunternehmen, das wäre in der Tat keine schöne Zukunftsvariante unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Zu unserer Freude konnten wir in diesem Jahr feststellen, daß gerade die führenden politischen und ökonomischen Kräfte in der Bundesrepublik dieses Problem erkannt haben.

Im übrigen wird Ihnen nun auch klar sein, weshalb wir in diesem Jahr ebenfalls einen großen Kulturplan in Berlin aufgestellt haben und weshalb wir Berlin zu einem Platz der internationalen Begegnungen auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe

machen wollen. Hier soll beileibe kein „Monopol“ begründet werden, sondern nur ein Berliner Beitrag gerade in der Ausbildungshilfe geleistet werden. Alles das basiert auf der Erkenntnis, daß wir die Stadt nicht lediglich materiell weiterentwickeln dürfen, und daß der geistig-kulturelle Überbau besonderer Pflege bedarf. Allerdings brauchen wir da wohl am wenigsten Sorge zu haben. Wirklich metropolitane Leistungen hat Berlin doch in all diesen Jahren gerade hervorgebracht auf den Gebieten des Theaters, der Musik, der bildenden Künste und – so darf ich wohl als Unbeteiligter auch in Hamburg sagen – des modernen Städtebaus und des Schnellstraßenbaus.

Das, was ich bisher zur Frage der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Existenz Berlins sagte, bezog sich auf die Relation Berlin – Bundesrepublik oder überhaupt Berlin – Westen. Nun komme ich zur anderen Seite des Berliner Daseins: Wir befinden uns zwar auf eigenem Territorium, sind aber umgeben vom faktischen Herrschaftsbereich der sog. „DDR“. Die Zone hat in der letzten Zeit öfters versucht, uns den Gedanken der sog. „freien Stadt“ West-Berlin mit ökonomischen Argumenten schmackhaft zu machen, z. B. es könnte zwischen West-Berlin und der sowjetischen Besatzungszone „ein Warenaustausch vereinbart werden, der auf die gegenseitigen Bezugs- und Lieferungsinteressen abgestimmt wäre“. Die Zahlen beweisen aber, daß solche Schalmeienklänge den realökonomischen Tatsachen nicht entsprechen. Nachdem Chruschtschow vor einigen Jahren zu seinem eigenen Vorteil David Ricardo und die Prinzipien der internationalen Arbeitsteilung entdeckte, wurden erstmal die Versuche, den Aufbau einer hochspezialisierten Maschinen- und Werkzeugindustrie in der Zone in engster arbeitsteiliger Abstimmung mit den Blockinteressen zu vollziehen, nur verstärkt. Dann, im Laufe des Prozesses, stellte man allerdings fest, daß das Prinzip der internationalen Arbeitsteilung an den Grenzen des Blocks nicht haltmacht. Man machte die Erfahrung, daß, je höher der Turm einer spezialisierten Verarbeitungsindustrie wächst, um so mehr auch die Auslandsabhängigkeit zunimmt. Das neu erwachte Interesse des Ostens an der EWG, das Scheitern der sog. Aktion „Störfreimachung“ in der Sowjetzone und die Bemühungen auf Ausweitung des Interzonenhandels sind hierfür beredte Zeugen. Aber bedenken wir: der „Außenumsatz“ West-Berlins im Warenverkehr mit dem Westen beläuft sich auf 18 Milliarden DM jährlich; das ist das Vierfache des Außenhandelsumsatzes, den die Sowjetzone mit den Ländern außerhalb des Ostblocks unterhält, und auch noch etwas größer als der gesamte Außenhandelsumsatz der Sowjetzone überhaupt. Diese Relation spricht für die gewaltige Wirtschaftspotenz von West-Berlin. Von dem Außenhandelsumsatz der Sowjetzone selbst entfallen rd. 76 v. H. auf den Ostblock und rd. 10 v. H. auf den Interzonenhandel mit Westdeutschland und West-Berlin.

Oft hat man auch im Westen übertriebene Vorstellungen von dem Wachstumstempo im Osten. In Wirklichkeit war die Zuwachsrate des Sozialprodukts in der Sowjetzone mit 4,5 v. H. und 3,7 v. H. in den Jahren 1960 und 1961 geringer als die West-Berlins mit 13, 1 v. H. und 5,9 v. H. Die Expansion war also bei uns stärker als dort. Die wirtschaftlichen Möglichkeiten einer größeren, wirtschaftlichen Kooperation zwischen West-Berlin und der Sowjetzone sind klein. Anders liegt es für die Sowjetzone mit ihrem wirtschaftlichen Interesse am Interzonenhandel mit Westdeutschland und Berlin. Der Umsatzwert beträgt bekanntlich zur Zeit pro Jahr 1,8 Milliarden DM. Der freie Berlinverkehr, der „Außenumsatz“ der Stadt, ist heute mit seinen 18 Milliarden also zehnmal so groß wie der Austausch zwischen den beiden getrennten Teilen unseres Vaterlandes. Auf WestBerlin entfallen vom Interzonenhandel (1961) 12,7 v. H. Aber von dem gesamten West-Berliner „Außenumsatz“ entfallen auf den Handel mit der Zone nur 1,3 v. H.

Das wirtschaftliche Interesse auf unserer Seite ist also gering, größer ist das politische. Bei der Zone scheinen dagegen die Interessen umgekehrt zu liegen. Unsere Position zum Interzonenhandel ist daher folgende: Wir wissen, daß der freie Zugang von Personen und Waren aus Westdeutschland nach Berlin und umgekehrt sich auf originären Rechte der Alliierten stützt, die bis zur Regelung der Deutschlandfrage auch für uns unantastbar sind; aber wir wissen auch, daß der Interzonenhandel dazu beiträgt, die reibungslose Abwicklung des Personen- und Warenverkehrs zwischen Berlin und Westdeutschland, der sich auf diese originären Rechte stützt, zu erleichtern.

tern. Denn es besteht seit dem Jessup-Malik-Abkommen von 1949, das in Ziffer 1 den Verkehr zwischen Berlin und Westdeutschland freigab, also die Berliner Blockade beendete, und in Ziffer 2 den Interzonenhandel sozusagen in einem alliierten Akt etablierte, ein Zusammenhang zwischen beiden. Ziffer 1 bringt also heute gewissermaßen 18 Milliarden, Ziffer 2: 1,8 Milliarden DM. Der Interzonenhandel ist demnach eines der Gewichte, die wir für den freien Berlin-Verkehr in die Waagschale werfen können, das sollten wir uns stets bei allen Überlegungen sagen. Hier heißt es wirklich, „realistisch“ die Relationen zu beachten. So besteht auch kein Widerspruch zwischen der Betonung der Integration der Berliner Wirtschaft in diejenige Westdeutschlands und dem Wunsch nach Aufrechterhaltung des Interzonenhandels. Wie gezeigt, ergänzen sich vielmehr beide. Deshalb stehen wir in Berlin dem Interzonenhandel leidenschaftslos, nüchtern und nicht negativ gegenüber. Und in diesem Sinne unterstützen wir es auch, daß seit geraumer Zeit eine Erweiterung des Interzonenhandels angestrebt wird. Wir arbeiten dabei sehr freundschaftlich mit dem Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel zusammen und stellen mit Genugtuung fest, daß wir hier ausdrücklich das Verständnis und die Unterstützung des Herrn Bundeskanzlers genießen.

Mit den eben angesprochenen Fragen bin ich schon wieder auf das politische Feld geraten. Im letzten Winter wurde manchmal die Meinung vertreten, man solle erst mal politische Lösungen, einen modus vivendi o. a., abwarten und sich in bezug auf weitere wirtschaftliche Maßnahmen in und für Berlin zurückhalten. Wären wir dem gefolgt, dann hätten wir den Boden für mögliche internationale Verhandlungen schlecht vorbereitet, wir hätten damit der Gegenseite in die Hände gearbeitet. Jetzt aber, wo durch das neue Bundeshilfegesetz die wirtschaftspolitischen Daten neu gesetzt sind und die unternehmerischen Entscheidungen sich danach richten können, hat die Politik, vor allem nach Kuba, wieder das Wort. Sicherlich wird die internationale Behandlung der Berlin-Frage von vielen anderen Faktoren abhängen; wir selber können nur einen Beitrag geben.

So weit ich sehe, stehen heute zwei Gruppen, zwei Meinungen für die weitere politische Behandlung der Berlin-Frage einander gegenüber: Beide sind in der Grundposition völlig einig, sie gehen von einem dem Westen weiterhin eng verbundenen West-Berlin aus, das ist wichtig!, aber die dann sich anschließenden Alternativen lassen sich, pointiert formuliert, so ausdrücken: Entweder Fortführung des unveränderten Status quo bis zur Losung der Deutschlandfrage, d.h. bis zur Wiedervereinigung, oder: eine Zwischenregelung („modus vivendi“), die die Wiedervereinigung möglichst fordert.

Ich will offen zugeben, daß sich für beide Haltungen Gründe anführen lassen. Gegen die Status-quo-Politik spricht aber einmal die Erfahrung, die wir in der Vergangenheit damit gemacht haben. Um ein Wort meines Freundes Willy Brandt zu zitieren: „Niemand kann durch eigenes Nichtstun die anderen zwingen, auch nichts zu tun!“ Und der menschlich vielleicht höchst achtbare, ja in einem gewissen Sinne heroische Gedanke, die Berlin-Frage bewußt ständig in der Schwebe zu lassen, sozusagen als permanente Mahnung an die ungelöste Deutschlandfrage auf dem Tisch der Weltpolitik festzunageln, oder bewußt als Wunde in diesem Sinne offenzuhalten, kurzum – wie auch immer die Bilder sein mögen – bei dieser Haltung kann letztlich doch auch die Gefahr heraufkommen, daß Berlin zum Denkmal der deutschen Spaltung versteinert. Weiter spricht – wie ich eingangs sagte – die neue weltpolitische Situation dafür, daß man nun wenigstens versucht, im Kielwasser von Kuba für Berlin einiges an Land zu ziehen. Und wenn es gar gelingt, von diesem Angelpunkt die ganze Deutschlandfrage in Bewegung zu setzen, um so besser; – selbstverständlich alles das nur, wenn die Kuba-Frage wirklich abgewickelt ist. Sollte aber das Anpacken der ganzen Deutschlandfrage nicht gelingen, so sollte man in einem Punkt die Mahnung der Status-quo-Vertreter berücksichtigen: Zwischenregelungen für Berlin dürfen in der Tat nicht auf Kosten einer Lösung der Deutschlandfrage gehen.

Unter diesen Voraussetzungen möchte ich sagen, daß wir politisch materiell für Berlin folgendes anstreben sollten: 1. eine Festigung und Verstärkung der Bindungen West-Berlins innerhalb des Gefüges der Bundesrepublik. Wir sollten uns hier ein klares Ziel setzen. Nur im engen Verbund mit der Bundesrepublik kann Berlin leben.

2. Dies wäre zu kombinieren mit einer Bekräftigung der originären Rechte der drei alliierten Schutzmächte in West-Berlin. Punkt 1 und 2 schließen sich nicht aus, sondern im Gegenteil, sie lassen sich durchaus systematisch miteinander verbinden: Beispielsweise durch ein entsprechendes Referendum in Berlin, dessen Zeitpunkt natürlich eine weitere Frage ist. Man könnte im übrigen auch an völkerrechtlich wirksame Abmachungen denken.

Punkt 1 ist öfters kritisiert worden wegen der originären Rechte unserer Schutzmächte. Nun, so simpel sind wir nicht, diese zu vergessen; wir wollen ja von Anfang an gerade beides miteinander in Einklang bringen. Aber sicherlich bringt dieser Gedanke mit sich, daß die Mitverantwortung der ganzen Bundesrepublik für West-Berlin erhöht wird, ohne daß dadurch Präsenz und Engagement der Alliierten in West-Berlin geschwächt werden und ohne daß natürlich Bundeswehrsoldaten in West-Berlin stationiert werden. Aber wenn der Bundeskanzler bei seinem letzten Besuch in Berlin sagte, bei einer Bedrohung Berlins durch Gewalt werden „Truppen der Bundesrepublik mit in der vordersten Reihe der Abwehr stehen“, so hat er damit uns bei unseren eigenen Überlegungen voll aus dem Herzen gesprochen.

3. Alle solche Überlegungen werden ihre Zeit brauchen. Auch bei dem dritten Problem, der Konsolidierung oder Stabilisierung des Zugangsproblems, haben wir vom Westen keinen Anlaß zu überhasteten Vorschlägen, zumal wie gesagt – erstmal Kuba völlig abgewickelt sein muß. Wenn in diesem Zusammenhang der Plan einer internationalen Zugangsbehörde wieder hochgekommen ist, so nicht, um etwa ausgeübte originäre Rechte der Alliierten zu verkaufen, sondern einfach, weil doch jetzt auf den Land- und Schiffahrtswegen die faktische physische Zwangsgewalt der „Vopos“ herrscht und eine internationale Behörde per se und rein rechnerisch eine Verbesserung wäre. Ich habe schon einmal an anderer Stelle gesagt, daß allerdings öffentliche Erörterungen über Preisvorstellungen den Markt verderben und unangebracht sind. Im übrigen wurde eine solche internationale Zugangsbehörde genau so wie die jetzigen Regelungen und Einrichtungen des Interzonenhandels keine Anerkennung der Zone bedeuten. Ich möchte überhaupt sagen, die ganze Idee der Zugangsbehörde sollte bei gegebener Gelegenheit einfach als Testmittel verwendet werden, um zu prüfen, ob die andere Seite zu aussichtsreichen Verhandlungen über einen modus vivendi bereit sei. Zu dem Bereich eines solchen modus-vivendi gehören auch andre Fragen, z. B. wie die Freizügigkeit für die West-Berliner zu verbessern ist. Sie werden, meine Damen und Herren, Verständnis dafür haben, daß ich in diesem Augenblick nur sage : diese Angelegenheit bedarf behutsamster Behandlung.

Meine Damen und Herren, ich komme damit zum Schluß. Und ich kann all dem heute abend Gesagten nur noch hinzufügen: wir brauchen bald eine aktionskräftige und mit auctoritas versehene Bundesregierung. Es ist nicht gut, wenn Bonn sich gerade in diesen Wochen sozusagen selbst ausmanövriert oder kaltstellt. Ich habe Ihnen alle diese Gedanken angedeutet, damit Sie möglichst viele Aspekte des Phänomens Berlin heute erhalten. Berlin ist nicht nur die Stadt, wo eine Veranstaltung die andere jagt, wo das internationale show business seine Triumphe feiert, wo in der Wirtschaft gutes Geld verdient wird – was außerdem noch eine pratriotische Tat ist –, wo sich jene ambulanten Wesen, genannt Kongressisten, tummeln –, gewiß, das alles ist notwendig, die Stadt durfte nicht in Routine oder gar Lethargie versinken; aber Berlin ist auch die Stadt, in der immer noch fast täglich über die Mauer hinweg geflohen und auch geschossen wird, und in dieser Stadt wird auch gegrübelt, gearbeitet und gekämpft, damit wir ihren Zustand verbessern.

Und ich bin fest überzeugt, wir kommen hier weiter, wenn wir die rechte Haltung einnehmen. Weder Eisenfresserei und Säbelrasseln, noch Furchtsamkeit und Beschwichtigungspolitik helfen uns da: die alten Schlagworte von „hart“ oder „weich“ scheinen mir ebenso überholt zu sein wie die von „rechts“ oder „links“. Wir werden vielmehr sehr tapfer und sehr kühl sein müssen. Nicht umsonst wird jenseits des Atlantiks die Politik durch eine Generation gemacht, die gerade diese beiden Eigenschaften besitzt. Die Lage verlangt auch von uns Festigkeit in den politischen Grundsätzen und Zielen, aber auch Geschmeidigkeit und Besonnenheit in den Methoden. Diese Mischung fällt vielen von uns Deutschen sicherlich nicht leicht.

Wir sollten es dennoch versuchen.

